Antrag auf Aufhebung der Bestimmung einer Dauergrünlandfläche als umweltsensibel

LAND BRANDENBURG

Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Gutshof 7

14641 Paulinenaue

Eingangsstempel

Aktenzeichen:.....

1.1 Allgemeine Angaben

BNR-ZD
Nummer des Betriebsinhabers auf der Zentralen Datenbank

Ggf. Titel

Antragsteller/in Name / Unternehmensbezeichnung

Vorname /ggf. noch Unternehmensbezeichnung

Verantwortliche/r Leiter/in, wenn von obigen Angaben abweichend (Vollmacht ist beizufügen; sie soll nicht älter als 3 Monate sein)

1.2 Anschriften

Postanschrift

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Postleitzahl Ort

Ortsteil

Unternehmenssitz (falls abweichend)

Straße und Hausnummer

Postleitzahl Ort

Ortsteil

Telefon-Nr. (mit Vorwahl)

Ggf. Mobil-Telefon-Nr.

Fax-Nr. (mit Vorwahl)

ggf. E-Mail-Adresse

2. Angaben zu den Flächen

Ich beabsichtige folgende, nach § 15 Abs. 1 DirektzahlDurchfG umweltsensible(n) Fläche(n) nicht mehr landwirtschaftlich zu nutzen und beantrage hierfür die Aufhebung der Bestimmung dieser Flächen als umweltsensibel:

Feldblock FLIK DEBBLI-…..	Schlag, Schlagnummer	Fläche in ha[1]	Zeitpunkt des Beginns der nichtlandwirtschaftlichen Nutzung
Summe:			

Zur Begründung füge ich folgende Unterlagen bei:

- Nachweis, dass diese Fläche(n) vom Zeitpunkt der Umwandlung an nicht mehr landwirtschaftlich im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 e) VO (EU) Nr. 1307/2013 genutzt wird (werden)
- ggf. erforderliche Genehmigungen, wenn die Durchführung der geplanten Maßnahme oder des Vorhabens einer solchen Genehmigung bedarf oder
- die nach Bauordnungsrecht für die Durchführung des Vorhabens erforderliche Anzeige oder Mitteilung, nach der mit der Ausführung begonnen werden darf oder
- die Anzeige nach § 34 Absatz 6 Satz 1 BNatSchG und den Nachweis, dass innerhalb der Frist nach Satz 3 dieser Vorschrift das Projekt weder untersagt wurde noch anderweitige Beschränkungen die nichtlandwirtschaftliche Nutzung ausschließen oder
- den Nachweis, dass im übrigen Rechtsvorschriften, insbesondere die §§ 33 und 34 BNatSchG, oder Verpflichtungen gegenüber öffentlichen Stellen der beabsichtigten Nutzung nicht entgegenstehen und diese mit den für das jeweilige Gebiet festgelegten naturschutzrechtlichen Erhaltungszielen vereinbar ist.

3. Erklärungen des Antragstellers:

Die hier genannte(n) Fläche(n) ist / sind auch im Antrag auf Genehmigung der Umwandlung von Dauergrünland enthalten.

[1] Die Angabe ist bis auf 4 Nachkommastellen genau vorzunehmen.

Mir ist bekannt, dass diese Flächen erst nach Aufhebung der Bestimmung als umweltsensibel und Genehmigung der Umwandlung tatsächlich umgewandelt werden dürfen.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass gemäß den Bestimmungen des BbgDSG die von mir/uns angegebenen personenbezogenen Daten elektronisch verarbeitet werden. Dies schließt ein, dass sich die zuständigen Behörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des BbgDSG im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag gemäß § 11 BbgDSG auch anderer öffentlicher oder privater Stellen bedienen dürfen.

Ich/Wir bestätige(n), dass die von mir/uns in diesen Anträgen und Anlagen gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Unterschrift des/der Antragsteller/s/in oder des/der Vertretungsbefugten des Betriebes